

**Zeitschrift:** Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 46 (1967)  
**Heft:** 11

**Artikel:** Der Fall Bigler war kein Zufall  
**Autor:** Lienhard, Richard  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-337961>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

*Dr. Richard Lienhard*

## Der Fall Bigler war kein Zufall

*«Niemand soll vergessen, dass alles Hohe von unten heraus wächst. Wenn der Untergrund wankt, stürzt das, was sich auf ihm erhebt. Gute Parteitaktik und Parteistrategie versprechen nur dann Erfolg, wenn sich Taktik und Strategie auf Glauben und Vertrauen der Parteianhänger stützen können.»*

*Oskar Helmer (ehemaliger  
österreichischer Innenminister)*

Die Uhr von August Bebel soll nach der Auffassung des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt noch immer richtig gehen. Dies lässt sich von der Uhr der SP des Kantons Zürich nicht mehr sagen. Der Fall Bigler erhellte schlagartig, dass diese Partei in eine Führungskrise geraten ist. Wenn in der grössten Partei des volkreichsten Kantons unseres Landes eine solche Krise schwelt, so steht dies der Entwicklung der schweizerischen Demokratie entgegen; deshalb ist es auch verständlich, dass man sich landauf und landab besorgt fragt, wohin der Weg der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich führe. Die Kommentare einer noch unabhängigen Parteipresse liessen denn auch an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. So vertrat die sozialdemokratische «Abendzeitung» (Basel) die Auffassung, dass die Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich ihre Politik grundlegend ändern sollte; denn es gehe nicht, «die eigene Kopflosigkeit mit einem parteilosen Aussen-seiter ersetzen zu wollen». Aber auch bei der gegnerischen Presse war das Unbehagen unverkennbar. Die Sorge um die Rückwirkung auf das «Image» auch der übrigen politischen Parteien überschattete offensichtlich die geheime Schadenfreude. So stellte die «NZZ» – leider zu Recht – fest:

*«Das Schauspiel, das die immer noch grösste Partei im Kanton Zürich im Vorfeld der Ständeratswahlen geboten hat, offenbarte eine derartige Führungs- und Konsequenzlosigkeit und einen derartigen Mangel an Würde, dass man sich seine Wiederholung im Interesse des Ansehens der Parteien und der Politik überhaupt nicht wünschen kann.»<sup>1</sup>*

1 vgl. «NZZ» Morgenausgabe vom 6. 10. 67

## Krise heisst: Wendepunkt

Von einer Krise im Führungsgremium unserer Kantonalpartei zu sprechen, hat mit Schwarzmalerei nichts zu tun. «Krise» heisst nämlich im ursprünglichen Sinne verstanden nichts anderes als Wendepunkt. Die Geschichte der politischen Parteien lehrt uns, dass Neues oft aus krisenhaften Situationen heraus entsteht. *Kurt Schweizer* schrieb denn auch in der *Berner «Tagwacht»*<sup>2</sup>, dass die Geschehnisse im Vorfeld der Zürcher Ständeratswahlen als «Lehrplätze» zu gelten hätten. Die Frage ist nur, ob auch im Führungsgremium der zürcherischen Kantonalpartei die nötigen Lehren aus dem Debakel gezogen werden. Einige ihrer Emissäre liessen nämlich bereits verlauten, dass es sich beim «Fall Bigler» lediglich um einen unglücklichen Zufall, um einen sogenannten «Betriebsunfall» gehandelt habe. Eine solche Auffassung halte ich nicht nur für verfehlt, sondern als gefährlich. Wer nämlich den Fall Bigler auf einen unglücklichen Betriebsunfall reduzieren möchte, erhebt schon heute die Hand gegen die Bemühungen um die Neuorientierung dieser Partei. Die eigentlichen Ursachen des Debakels liegen in Wirklichkeit tiefer, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Der Fall Bigler war, wie im folgenden gezeigt werden soll, das Ergebnis eines verhängnisvollen Kurses, wie er schon oft seit Jahren die Politik unserer Kantonalpartei kennzeichnete. Es kommt einer unzulässigen Vereinfachung gleich, wenn nun hie und da behauptet wird, Dr. Bigler sei schuld an der Wahlniederlage der Zürcher Sozialdemokraten. Das Intermezzo mit diesem politischen Aussenseiter war vielmehr das Symptom einer krisenhaften Situation, die sich schon seit Jahren angebahnt hat. Wer die Augen vor dieser Tatsache verschliesst, macht sich mitschuldig, wenn sich dereinst ein noch grösseres Debakel anbahnen sollte.

Ist es somit geboten, in diesem Falle den Dingen radikal an die Wurzeln zu gehen, so kann die Redaktion unserer Zeitschrift nicht schweigen. Dass ich dabei – einmal mehr – Unterstellungen werde hinnehmen müssen, ist kaum zu vermeiden. Wie leicht lässt sich gegenüber dem unbequemen Kritiker argumentieren, sein Anliegen sei persönlich motiviert. Es ist für eine gewisse Sorte von «Realpolitikern» bezeichnend, dass sie bei jeder Auseinandersetzung sofort Polemik wittern. Da sie sich längst daran gewöhnt haben, nur noch in Kategorien von Posten, Mandaten und Beförderungen zu denken, können sie sich gar nicht mehr vorstellen, dass sich auch noch über Ideen und Grundsätze diskutieren lässt. Kann man aber ernsthaft eine Diskussion über das «Malaise» in einer Partei führen, ohne auch die personelle Seite des Problems zu berühren? Kann man die Ursache eines Zugunglücks überprüfen, ohne dabei des Lokomotivführers zu gedenken? Der bequemere Weg wäre es freilich, sich in solchen Situationen zum grossen

<sup>2</sup> vgl. «Tagwacht» Nr. 238 vom 11. 10. 67

Lager der «Freundlichen» und «Netten» zu schlagen. Aus Verantwortung gegenüber der Partei, aber auch aus Selbstverantwortung heraus drängt sich einem der unbequemere Weg auf. Bert Brecht hat es gesagt:

«Wir, die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeiten, konnten selber nicht freundlich sein.»

Darum soll sich der Redaktor einer sozialdemokratischen Zeitschrift hüten, die Rolle einer zartbesaiteten intellektuellen Mimose zu spielen.

## **Grundsatzpolitik statt Opportunismus**

Eine der Ursachen, die zum erwähnten Debakel führten, liegt meines Erachtens in der Tatsache, dass im Führungsgremium unserer Kantonalpartei allzu lange die Taktik über die Politik gestellt wurde. Es mag eine Zeit gegeben haben, da die sozialdemokratischen Parteien in ihrem Idealismus die Taktik eher vernachlässigten. Insofern soll die Notwendigkeit einer gewissen Korrektur zu Gunsten der Parteitaktik nicht bestritten werden; denn ohne Taktik kann eine politische Bewegung nicht auskommen. *Aber für eine Gesinnungspartei muss die Taktik in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Politik bleiben.* Konkret heisst das nichts anderes, als dass die Taktik der Sozialdemokratischen Partei nur so weit gehen darf, als dies im Rahmen sozialdemokratischer Grundsätze zu vertreten ist. Und massgebend für die Grundsatzpolitik unserer Partei ist noch immer das Parteiprogramm der SPS. Gewiss ist dieses Programm einer fortwährenden Interpretation bedürftig, wenn es wirklichkeitsnah bleiben will; aber die darin vorgezeichnete politische Linie kann und darf nicht durch einen taktisch bedingten Wedelkurs in Frage gestellt werden. In dem Masse, als die SP im Ringen um die Gewinnung neuer Wählerschichten nur noch taktische Erwägungen in den Vordergrund stellt, muss ihr Ideengut an Glaubwürdigkeit verlieren. Der Flügelschlag des freiheitlichen und demokratischen Sozialismus wird dadurch geschwächt. Die Erfahrung lehrt denn auch, dass eine Gesinnungspartei Wahlen nicht mit – noch so gerissenen – Tricks gewinnen kann. Eine Partei, die für eine gerechtere Ordnung und damit auch für eine bessere Moral im wirtschaftlichen Raum kämpft, darf nicht erklären: Im Kampf gegen den Freisinn ist uns jedes Mittel gut genug.

Nun hat aber das Führungsgremium unserer Kantonalpartei im Vorfeld der Regierungsratswahlen aus taktischen Erwägungen eine politische Zusammenarbeit mit andern Gruppen «links der Mitte» propagiert. Dabei stand der Anbieterungsversuch gegenüber dem Landesring im Vordergrund. Der Landesring unterscheidet sich indessen von andern bürgerlichen Parteien nur dadurch, dass er *sein konservatives Ideengut besser zu verpacken weiss.* Die Bemühungen unserer Kantonalpartei um einen «Schulterschluss nach rechts» bedeutete nichts anderes als ein Stück manipulierten Konfor-

mismus'. Damit aber war auch schon die nächste Kurve eines politischen Slalomkurses angedeutet: nach dem Misserfolg mit der Politik des Koalierens mit politischen Gruppen «links der Mitte» blieb nur noch die Flucht nach vorne, das heisst der Sprung in den Nonkonformismus, wie er von Dr. R. Bigler vertreten wird.

Die Wahlergebnisse, welche von der Sozialdemokratie ausserhalb des Kantons Zürich erzielt wurden, zeigen, dass es sich immer noch lohnt, einer profilierten Grundsatzpolitik den Vorzug zu geben. Die Vorschusslorbeeren, wie sie kürzlich in unserer Zeitschrift den Berner Sozialdemokraten gewunden wurden<sup>3</sup>, waren jedenfalls gerechtfertigt. Diese Partei hat gerade dank eines klaren Kurses dem Ansturm des Landesrings zu trotzen vermocht und mit ihren zwölf Mandaten (!) entscheidend dazu beigetragen, dass die SPS heute noch die stärkste Fraktion im Nationalrat stellt.

### **Politische Alternative statt Anpassung**

Einzelne Funktionäre unserer Kantonalpartei pflegten jeweils zur Begründung der neuesten Slalomkurve anzuführen, es gelte nun eben, sich der politischen Situation unserer Zeit anzupassen. Dabei verwiesen sie etwa auf Ergebnisse von Meinungsforschungsinstituten, woraus hervorgehe, dass unsere Partei sich ein «neues Image» zulegen müsse.

Nun ist gegenüber Meinungsumfragen grundsätzlich nichts einzuwenden. Unsere Partei soll im Gegenteil alle Erkenntnisse empirischer Soziologie nutzen. Wesentlich ist aber für unsere Partei, *dass sie die richtigen Folgerungen aus dem Ergebnis der Meinungsumfragen zieht*. Wo zum Beispiel die Meinungsforschung das Vorhandensein irriger Vorurteile ergibt, so kann es wohl nicht Aufgabe unserer Partei sein, sich diesen Vorurteilen anzupassen. Es stünde schlecht um die Entwicklung des demokratischen Sozialismus, wenn sich seine Pioniere einfach einer unterentwickelten oder gar einem falschen Bewusstsein der grossen Masse angepasst hätten. Hier entsinne ich mich eines anschaulichen Bildes, das einmal der bekannte österreichische Sozialist *Josef Hindels* gezeichnet hat: Ein Arzt, der bei der Durchleuchtung ein Magengeschwür diagnostiziert, wird seine Therapie nicht auf Anpassung an diese krankhafte Entwicklung ausrichten. Er wird somit auch nicht für ein «Magengeschwür-Image» eintreten, sondern alles daran setzen, das Geschwür zu heilen. Vom Grundsätzlichen her gesehen sind deshalb die voreilig gebastelten Formeln vom «neuen Image» der Partei oder vom «neuen Parteistil» mit Zurückhaltung zu geniessen.

Der Versuch unserer Kantonalpartei zur Anpassung an die Politik der Parteien «links der Mitte» führte dazu, dass die Entideologisierung noch um ein weiteres Stück vorangetrieben wurde. Um so leichter fiel es dann,

<sup>3</sup> «Profil» 7/8 «Ordnungsruf von links»

auf jede Alternative gegenüber dem Landesring zu verzichten. Erst ein Tag vor dem Urnengang plädierte Nationalrat *Ueli Götsch* in einem grundsätzlich gehaltenen Leitartikel für eine politische Alternative auch gegenüber dem Landesring<sup>4</sup>. In diesem Zeitpunkt liess sich aber der Uhrzeiger nicht mehr zurückstellen; denn gerade für die Politik einer Gesinnungspartei hat zu gelten, was Nationalrat *Walther Bringolf* anlässlich der internationalen Genossenschaftstagung bemerkt hat: dass *Wort und Tat in Übereinstimmung* bleiben sollten.

Die Berner Sozialdemokraten haben dagegen die scharfe Auseinandersetzung mit dem Landesring nie gescheut. In der Berner «Tagwacht» waren es neben Chefredaktor *Kurt Schweizer* die Nationalräte *Prof. Max Weber* und *Fritz Grütter*, die mit dem Landesring immer scharf ins Gericht gingen. Dabei wurde dieser Oppositionspartei vorgerechnet, wo sie im Kampf gegen die Teuerung versagt hatte (Mieterschutz) und wo sie es einfach unterlassen hatte, anstelle blosser Kritik Alternativen aufzuzeigen (Konjunkturdämpfungsmassnahmen). Das Ergebnis war: zwölf sozialdemokratische Nationalräte gegenüber zwei Vertretern des Landesrings.

Angesichts der angeführten Tendenzen innerhalb unserer Kantonalpartei kann nicht mehr verwundern, dass sich immer mehr die irrige Auffassung durchsetzte, die Sozialdemokratische Partei könne gegenüber dem Freisinn Landesringpolitik betreiben. Damit war nur noch ein kleiner Schritt zur verhängnisvollen Gleichsetzung einer Gesinnungspartei mit irgend einer Waschmittelfirma, die im Kampf mit einer Konkurrenzfirma steht. *Martel Gerteis* scheute sich denn auch nicht, in seinem Kommentar zum Abbruch der Bigleriade-Übung in aller Offenheit zu fragen: Was ist denn schon passiert? Und seine Antwort: Nichts Schlimmeres als wenn «ein Nahrungsmittel-Grossbetrieb die Produktion einer neuen Marke einstellt, weil bei den einen die Verpackung nicht ankam, die andern am Inhalt einen Beigeschmack fanden»(!)<sup>5</sup>

Angesichts derart irriger Auffassungen aus der Feder parteiamtlich konzessionierter Leitartikler braucht man ausserhalb unserer Kantonalpartei nicht mehr zu rätseln, wie es möglich war, dass Dr. Bigler als Ständeratskandidat auf den Schild erhoben werden konnte.

4 vgl. «Volksrecht» vom 28. Oktober 1967: «Sozialdemokraten — die einzige Alternative»

5 vgl. «Volksrecht» vom 9. Oktober 1967. In diesem Zusammenhang soll zur Aufklärung zitiert werden, was die «Solothurner Zeitung» zum Martel-Gerteis-Kommentar bissig bemerkte:

«Der Vergleich hinkt. Die Zürcher Genossen wollten eine sozialistische Suppe auf den Markt bringen, die parteilos verpackt war. Rolf Bigler dagegen wollte die Verpackung sozialdemokratisch, den Inhalt aber parteilos haben. Ausserdem wollte er sich am neuen Produkt nur beteiligen, wenn die Suppe garantiert von allen Zürichern gegessen würde. Ein solches ‚Produktionsprogramm‘ kann sich keine Nahrungsmittelfabrik leisten; *geschweige denn eine Partei*. Die Sozialdemokraten müssen wohl oder übel ihre Produkte trotz Beigeschmack selber auslöffeln.»

## Reideologisierung statt Entideologisierung

Der Abbau sozialistischen Ideenguts, wie er in unserer Kantonalpartei emsiger als anderswo betrieben wurde, hatte zur Folge, dass man bald nicht mehr gefragt wurde: Wessen Gesinnung bist du, sondern: wessen Mann bist du? Auch hier muss sich eine Wende vollziehen. Durch die grossen sozialdemokratischen Parteien Europas geht heute der Ruf nach Besinnung auf grundsätzliche Politik. Nicht Entideologisierung, sondern Reideologisierung steht auf der Tagesordnung. Der Vorsitzende der SPÖ, *Bruno Kreisky*, hat unlängst – aber bereits vor dem kürzlichen erdrutschartigen Sieg der SPÖ – erklärt:

«Insgesamt stehen wir am Anfang eines Prozesses der Reideologisierung. Vor allem die aufgeweckten, politisch denkenden und politisch agierenden Menschen haben das Bedürfnis, genauer herauszufinden, warum sie der einen Partei ihre Stimme geben, und nicht der anderen.»

Auch in andern Parteien, die noch etwas auf Gesinnung halten, ist diese Tendenz spürbar.

## Vertrauensmänner statt Paradedepolitiker

Zu diesem Zweck braucht aber die Sozialdemokratie mehr geistige Sturmtruppen und weniger Paradedepolitiker. Mandatare unserer Partei sind deshalb aus dem Kreis der Vertrauensmänner zu rekrutieren. Gerade der Fall Bigler hat deutlich gezeigt, wohin man mit einem Mann kommt, der nie Gelegenheit hatte, sich innerhalb einer Gemeinschaft sozialdemokratischer Vertrauensleute zu *bewähren*. Aus diesem Grunde habe ich nicht verstanden, dass unsere Kantonalpartei das Institut der Einzelmitgliedschaft eingeführt hat. Es mögen dafür einige taktische Überlegungen sprechen. Aber das Einzelmitglied, das in keiner Sektion verankert ist und somit auch nicht vom Vertrauen der Mitgliedschaft getragen wird, bedeutet bereits den ersten Schritt auf dem Wege, der beim Paradedepolitiker Dr. Bigler endete.

Dass Dr. Bigler ein hervorragender Publizist ist, steht ausser Frage. Sein Artikel vom 1. August über «Lob des Landes» gehört sprachlich und inhaltlich zum besten, was ich je in einer politisch neutralen Wochenzeitung gelesen habe. Aber weder der glänzende Publizist noch der glänzende Rhetoriker machen schon den zuverlässigen sozialdemokratischen Vertrauensmann aus. Auf die am Kantonalen Parteitag vom 28. September 1967 organisierte Vertrauenskundgebung für Biglers junge Herrlichkeit folgte denn auch schon am andern Tag die Ernüchterung und wenige Tage später die bittere Enttäuschung. Berücksichtigt man, was nachträglich alles über diesen politischen Aussenseiter durchgesickert ist, so darf die Leitung unserer Kantonalpartei von Glück reden, dass seine Kandidatur rechtzeitig zurückgezogen

worden ist. Wer unter den gutgläubigen Parteidelegierten noch nicht von letzten Illusionen befreit ist, lese Dr. Biglers Rechtfertigung «Annahme und Verzicht».<sup>6</sup> Ich entsinne mich nicht, je einmal in der «blauen Presse» einen unverschämtern Satz gelesen zu haben als diesen: «Selten zuvor hat ein Parteimann Delegierte seiner eigenen Partei wirksamer und stillloser verhöhnt. Selten zuvor ist der ‚Tagwacht‘ eine dermassen zügige Schlagzeile gelungen.» In Wahrheit hat *Kurt Schweizer* dazu beigetragen, dass wir Zürcher Sozialdemokraten den bitteren Kelch der Ständeratskandidatur Bigler nicht bis zur Neige auskosten mussten. Die Entwicklung hat das Urteil unseres Berner Vertrauensmannes vollauf bestätigt. Wer Kurt Schweizer näher kennt, weiss, dass ihm die betreffende «Schlagzeile» nicht leicht von der Hand ging. Ausgespannt zwischen Parteienhänglichkeit und geistiger Selbstverantwortung wurde er zu einer Entscheidung gedrängt, die ihm keine Instanz abnehmen konnte. Als wir die «Schlagzeile» der «Tagwacht» lasen, da erkannten wir jenen Kurt Schweizer, der sich an einem Oktober-sonntag ein Herz fasste, vor die Delegierten eines denkwürdigen schweizerischen Parteitages trat und *aus eigener Verantwortung* die mutige Chaudet-Resolution vorschlug. Und als dann einige Einwände erhoben wurden, erklärte er ohne Zögern: Man kann über das eine oder andere Wort streiten; *«aber am Tenor will ich nichts geändert haben.»* Diese Sprache fand denn auch das erwünschte Echo, weil jedermann spürte, dass für einmal wieder Wort und Tat Übereinstimmung gefunden hatten. Und wir wissen es in Zürich, gerade in Zürich, zu schätzen, dass Kurt Schweizer auch in seinem Kommentar zum Fall Bigler seinen «Tenor» nicht geändert hat.

Vertrauensmann oder Paradedepolitiker? Während sich der Paradedepolitiker gerne in der Nähe der wenigen Einflussreichen aufhält, hat sich der sozialdemokratische Vertrauensmann um die zahlreichen Einflusslosen, das heisst um die schwächeren Glieder unserer Gesellschaft zu kümmern. Seine vornehmste Aufgabe muss er darin sehen, der Gemeinschaft zu *dienen*. Wer nur an das *Verdienen denkt*, zu diesem Zwecke vornehmlich nur persönliche Ziele verfolgt und sich vornehm über die Partei glaubt erheben zu können, ein solcher Mann kann die Sozialdemokratie nicht glaubwürdig vertreten. Der freiheitliche Sozialismus, der sich so hohe ideelle Ziele gesetzt hat, verlangt Menschen von hoher Glaubwürdigkeit. Solche Menschen prägen schliesslich – in langen Jahren – das Bild der Sozialdemokratischen Partei. Darum ist auch die Parteimitgliedschaft gut beraten, wenn sie in ihrem Streben nach Reformen und Neuorientierung nicht nur die Organisation sieht, sondern mit wachem Auge verfolgt, was im personellen Sektor geschieht. Hier entscheidet sich letztlich, ob die Sozialdemokratische Partei die Herausforderung unserer Zeit erfolgreich zu bestehen vermag.

6 vgl. «Weltwoche» vom 13. 10. 67